



Das Land prüft, ob diese Fläche in der Vogesenstraße nahe der Bereitschaftspolizei für eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Lahr geeignet ist.

## Viele Bedenken gegen Erstaufnahme in Lahr

Das Land prüft eine Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Lahr. Vorerst läuft eine Vorprüfung. Was bereits deutlich wird: Der Großteil der Fraktionssprecher im Gemeinderat ist gegen die Pläne. Der Tenor: Lahr kann das nicht stemmen.

■ Von Mark Alexander und Saskia Rohleder

### Freie Wähler

Sehr überrascht sei er von der Nachricht, sagt Eberhard Roth. Er sehe solche Einrichtungen eher in zentralen, größeren Städten. Und nicht in einer Stadt wie Lahr mit rund 50.000 Einwohnern. Der wesentliche Punkt aus Roths Sicht: „Durch die Konversion und den Zuzug in Lahr sind wir schon sehr stark engagiert in der Integration. Mit unseren Aufgaben bewegen wir uns an der Kapazitätsgrenze.“ Diese Meinung vertrete auch der Erste Bürgermeister Guido Schöneboom. Roth zeigt Verständnis, dass das Land offen an die Prüfung herangehen müsse. Aus seiner Sicht sprechen die genannten Gründe aber deutlich gegen eine Einrichtung in Lahr. Dass in Lahr bereits sehr viele Menschen aus anderen Kulturen lebten, müsse berücksichtigt werden. „Wenn das vernünftig geprüft wird, kann es nicht zu einer Einrichtung in Lahr kommen.“

### AFD

Auch Christine Amann-Vogt wurde von der Nachricht überrascht. In Lahr lebten schon sehr viele geflüchtete Menschen, was große Herausforderungen mit sich bringe. „Wir suchen händierend nach

Wohnungen und Plätzen in Kitas und Schulen“, sagt die AfD-Stadträtin. Sie könne sich durchaus vorstellen, dass das Land Baden-Württemberg das große Gelände bei der Bereitschaftspolizei für geeignet halte. Man müsse klären, wie sich solch eine Einrichtung auf die Anschlussunterbringung auswirken würde. Sie glaubt aber nicht, dass die Stadt eine große Unterkunft stemmen könnte. „Wir sind bereits über dem Anschlag.“ Sollte sich der Oberbürgermeister gegen die Pläne aussprechen, stehe sie hinter ihm.

### CDU

„Laht ist eher eine kleine Stadt im Vergleich zu den Standorten im Land“, sagt Ilona Rompel. Mit einem Migrationsanteil von 25 Prozent liege die Stadt Lahr deutlich über dem Anteil des Ortsamtes von 15 Prozent. Gerechte Verteilung sehe anders aus, sagt sie mit Blick auf die Prüfung. „Laht darf nicht Migrationshauptstadt des Landes Baden-Württemberg werden“, sagt Rompel bewusst provokant. Die Stadt Lahr müsse sich bereits jetzt deutlich gegen die Pläne wehren und dürfe nicht warten, bis eine Vorentscheidung getroffen sei. Die Stadt müsse auf die hohen Belastungen hinweisen, auf mögliche Folgekosten, auf die Knappheit bei Wohnungen sowie Kita- und Schulplätzen. „Wir sind bereits am Limit.“ Weitere Belastungen könne man finanziell nicht stemmen. „Ich denke auch, dass die Bevölkerung weitere Belastungen nicht hinnehmen will.“

### SPD

Für Roland Hirsch ist eine Erstaufnahmestelle am Standort Laht nicht geeignet. „Die Integrationsbemühungen der Stadt sind aus meiner Sicht am Anschlag.“ Eine Aufnahmestelle, zusätzlich zu den drei

vorhandenen Flüchtlingsunterkünften in Laht, würde den Rahmen der Bemühungen sprengen. „Wir haben in Laht eine besondere Situation, da wir 120 Nationalitäten und seit Abzug der Kanadier auch Integrationsaufgaben haben, mit denen wir genug ausgelastet sind“, gibt Hirsch zu bedenken. Er glaube nicht, dass die Stadt zusätzliche Belastungen in diesem Bereich schaffen würde. „Wenn das Land die Situation von Laht realistisch in Betracht zieht, müssten sie sehen, dass wir am Anschlag sind. Das müsste die logische Konsequenz der Prüfung sein.“

### Grüne

Für Stadtrat Sven Täubert kommt die Prüfung nicht überraschend. Den möglichen Standort halte er aufgrund der Stadtrandlage, die kaum Einkaufsmöglichkeiten biete, jedoch nicht für geeignet. „Entscheidend ist auch, wie es mit der Anschlussunterbringung aussieht.“ Denn was eine Aufnahmestelle konkret für die Kapazitäten der Stadt bedeute, könne bislang niemand sagen. „Viele Fragen sind offen. Diese muss die Stadt erst einmal mit dem Land klären, bevor sie uns im Gemeinderat vorgelegt werden.“ Zu diesen Fragen zählt auch, inwieweit die Stadt bei den Plänen des Landes mitreden kann. „Eine Erstaufnahme ist immer noch besser als die Unterbringung in Turnhallen“, so Täubert. Wenn es um den Bau einer Aufnahmestelle gehe, sei dies ein langfristiges Projekt, das vor allem in möglichen Krisenfällen für Entlastung sorgen könne, resümiert der Stadtrat.

### FDP

Die FDP werde sich am Montag im Detail zur Prüfung der Erstaufnahmestelle besprechen, erklärt Stadträtin Regina Sittler. „Wir gehen neutral an die Sache he-

ran.“ Im Hinblick darauf, wie realistisch ein solches Unterfangen sei, verweist Sittler darauf, dass es sich zunächst um eine ergebnisoffene Prüfung handle, deren Ausgang abgewartet werden muss. Im Falle weiterer Verhandlungen müssten die Stadt und der Gemeinderat jedoch realistisch bleiben, um die bereits strapanzierten Strukturen der Kinderbetreuung nicht zusätzlich zu überfordern, betont Sittler.

### Der Oberbürgermeister

Auf BZ-Anfrage hat sich Oberbürgermeister Markus Ibert am Donnerstag zu der Thematik geäußert. Grundsätzlich unterstützte die Stadt Laht die Forderung des Städtetages Baden-Württemberg nach einer gerechten, passgenauen Verteilung von Geflüchteten innerhalb des Landes. Es gelte aber auch „die besondere Situation in Laht zu berücksichtigen“. Diese sei im Sozialreport ausführlich dokumentiert. „Aufgrund des hohen Zuzugs in den vergangenen Jahren sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht, in vielen Bereichen sogar überschritten“, so Ibert. Schon jetzt seien enorme Herausforderungen zu bewältigen. „Es bestehen durchaus berechtigte Sorgen vor einer gesellschaftlichen Überforderung.“ Daher erwarte die Stadt, „dass die Lehrer Gegebenheiten und die Kraftanstrengungen in den vergangenen Jahren ausreichend Beachtung finden.“ Eine zusätzliche Belastung wäre nicht zu verantworten, so Ibert abschließend.

### Der Freundeskreis Flüchtlinge

Laht hat die Nachricht am Donnerstag aus der Zeitung erfahren. Aus Sicht von Sprecher Heinfried Furrer ist es noch zu früh für eine Stellungnahme. Er wolle sich zunächst eingehend mit der Thematik beschäftigen.